



© APA/Hans Punz

Reform wird teuer

Die mit der ökosozialen Steuerreform verbundene Senkung der Kassenbeiträge könnte für die Wirtschaft teuer werden.

WIEN. Die von der Regierung präsentierten Maßnahmen der Steuerreform beinhalten eine geplante Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für bestimmte niedrige Einkommensgruppen um bis zu 1,7 Prozentpunkte. Zum Vergleich: Derzeit liegen die Beiträge zur Krankenversicherung bei 7,65% für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengerechnet. Für die Krankenversicherungen

könnte das Mindereinnahmen von bis zu einer Mrd. € bedeuten. Die Regierung hat angekündigt, dass den Kassen der Einnahmenentfall ersetzt wird; dabei gibt es aber noch viele Fragen.

VfGH könnte Reform kippen

Die erste betrifft das Versicherungssystem: Die Krankenversicherungsbeiträge sind Abgaben auf Löhne und Gehälter und für alle unabhängig vom Einkom-

men gleich. Mit Ausgleichszahlungen vom Bund könnte sich das System zu einem steuerfinanzierten System verschieben und das Versicherungsprinzip aushöhlen. „Gegen die teilweise Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen gibt es seit Jahren grobe Bedenken, die auch der Verfassungsgerichtshof mitträgt, der in seiner Judikatur keine Zulässigkeit von unterschiedlichen Beitragssätzen

Kürzungen

Für das Sozialversicherungssystem könnte die Steuerreform der Regierung zahlreiche Umbrüche mit sich bringen.

innerhalb derselben Risikogemeinschaft vorsieht. Die Regierung geht somit einen Weg, der wohl vor dem Verfassungsgerichtshof scheitern wird, weil damit das Versicherungsprinzip – alle zahlen gleich viel und bekommen die selben Leistungen – ausgehebelt wird, warnt der Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse ÖGK, Andreas Huss.

Aufwand in Lohnverrechnung

Er sieht aber auch eine Belastung auf die gesamte Wirtschaft zukommen – nämlich in der Lohnverrechnung. Die Änderungen bringen eine „Einführung einer Sozialversicherungsveranlagung, da für Versicherte mit mehreren Einkommen im Nachhinein kumuliert und nachverrechnet oder zurückgezahlt werden muss. Der Verwaltungsaufwand führt somit sowohl bei der Sozialversicherung, bei den Versicherten als auch bei den Betrieben zu massiven Verwerfungen“, warnt Huss.

Er ortet zudem einen wachsenden Spardruck im Gesundheitswesen. Mit den Beitragseinnahmen hängen etwa Regelungen in der Krankenhausfinanzierung und der Gesamtverträge mit der Ärztekammer zusammen.

Streit über mögliche Wirkstoffverschreibung

Rechnungshof empfiehlt Änderungen, Gesundheitsminister denkt darüber nach.

WIEN. Für heftige Unruhe innerhalb der Pharmabranche und auch unter den Ärzten hat die jüngste Debatte über einen Rechnungshofbericht gesorgt. Die Prüfer empfehlen, dass Ärzte nur noch Wirkstoffe auf ein Rezept schreiben und Apotheken dann jenes Produkt an Patienten abgeben, das sie gerade vorrätig haben. Damit könnten Lieferengpässe umschifft werden, so

die RH-Prüfer. Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) kann der Idee dieser Wirkstoffverschreibung (aut idem) einiges abgewinnen, Industrie und Ärzte nicht.

Das System verschärfe die bestehenden Probleme. „Insbesondere gefährdet die Wirkstoffverschreibung die Patientensicherheit und dient ausschließlich der Gewinn-

maximierung der Apothekerschaft“, schrieben die Ärzte. Immer wechselnde Präparate und Darreichungsformen würden erfahrungsgemäß die Patienten verwirren, reduzieren die Therapietreue und gefährden dadurch die Gesundheit der Patienten, argumentiert auch die Industrie. Sie fürchtet auch, dass die Kassen dann nur noch die billigsten Produkte bezahlen. (red)



© APA/AFP/Joel Klammer

Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein überlegt Änderungen.